

Räume für den unbequemen Dialog

Johanna M. Keller^{JK}
im Gespräch
mit Antonia Alampi^{AA},
Heidi Grunebaum^{HG},
Sandra Hetzl^{SH} und
Lilli Kobler^{LK}

Über die
Bedingungen
des inter-
nationalen
Kultur-
austauschs

Das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 sowie der Krieg in Gaza haben spürbare Auswirkungen auch auf den Kulturbetrieb. Durch Absagen, Boykotte und Veranstaltungsausschlüsse befinden sich Künstler*innen und Kulturschaffende, Leiter*innen und Mitarbeitende von Kulturinstitutionen sowie Organisator*innen von kulturellen Off-Spaces in einer aufgeladenen Situation. Die Diskussionen auf Bund- und Länderebene um die Einführung von Auflagen in der Förderpraxis als Maßnahme gegen Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung schaffen aufgrund des übereilten Vorgehens und des umstrittenen rechtlichen Rahmens Unsicherheit und schüren die Angst vor der Einschränkung der Kunst- und Meinungsfreiheit sowie vor der Instrumentalisierung etwaiger Klauseln durch rechte Parteien. Wie kann unter diesen Bedingungen der internationale Kulturaustausch konstruktiv gestaltet werden? Wie nehmen internationale Partner*innen die Debatten um die deutsche Kulturpolitik wahr, und wie beeinflussen sie die Arbeit? Welche Voraussetzungen braucht es, um das verletzte Vertrauen zwischen Institutionen und Kulturschaffenden, aber auch zur Zivilgesellschaft wiederaufzubauen? Mit Antonia Alampi, Heidi Grunebaum, Sandra Hetzl und Lilli Kobler sprechen vier Akteur*innen über ihre Beobachtungen und Herausforderungen und berichten, wie sie angesichts dieser Bedingungen Räume für Dialog schaffen.

JK Angesichts Eurer Erfahrung im internationalen Kulturaustausch und in der Zusammenarbeit mit globalen Partner*innen – wie werden die Debatten über die Kulturpolitik Deutschlands von außerhalb wahrgenommen? Inwieweit wirkt sich diese Wahrnehmung auf Eure Arbeit aus?

HG Meine Arbeit erfordert es, gleich mehrere Rollen zu übernehmen. Als Direktorin des Centre for Humanities Research an der University of the Western Cape in Südafrika habe ich Partnerschaften mit Institutionen wie der Akademie der Künste, Berlin, aufgebaut und mit internationalen Partner*innen aus Kunst und Wissenschaft zusammengearbeitet. In einer anderen Rolle habe ich kürzlich meinen zweiten Film mit Mark Kaplan fertiggestellt. Dieser Film beschäftigt sich mit der Geschichte meiner Familie – meine Großeltern flohen 1936 aus Deutschland nach Südafrika – und verbindet diese persönliche Erzählung mit größeren Themen wie der Feindseligkeit gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen und der rassistischen Gewalt im heutigen Deutschland. Der Film reflektiert einen Humanismus, der geprägt ist durch die Perspektiven des Postkolonialismus und der Post-Apartheid, und ist zugleich Ausdruck meiner jüdischen Identität, die sich in den gegenwärtigen Debatten häufig marginalisiert fühlt, namentlich jener Teil meiner Identität, der den Handlungen Israels kritisch gegenübersteht. Aus der Sicht von Außenstehenden scheinen die kulturpolitischen Debatten in Deutschland, vor allem in Bezug auf den Holocaust, Rassismus und den Aufstieg der extremen Rechten, von unausgesprochenen Ängsten und generationellen Tabus getrieben zu sein. Eben sie verhindern meist eine offene Auseinandersetzung. Diese Umstände beeinflussen meine Arbeit maßgeblich, zuallererst im Film, wo ich versuche, diese fragmentierten Realitäten durch die Linse des Postkolonialismus und der Post-Apartheid zu verbinden.

SH Ich arbeite viel mit arabischen Schriftsteller*innen und Kulturschaffenden zusammen, die in Deutschland leben. Berlin galt lange Zeit als sicherer Zufluchtsort für progressive arabische Intellektuelle. Jetzt herrscht jedoch allgemein ein Gefühl der Enttäuschung und des Misstrauens. In den vergangenen Monaten sind viele Künstler*innen Opfer von Hetzkampagnen geworden. Besonders beängstigend ist die Lage für diejenigen, die um ihren Aufenthaltsstatus besorgt sind, gerade im Hinblick auf die aktuellen Debatten um Migration und Staatsbürgerschaft. Viele haben die berechtigte Angst, ihr Aufenthaltsrecht zu verlieren, wenn sie ihre Meinung äußern. Unter ihnen befinden sich auch Künstler*innen palästinensischer Herkunft, die staatenlos sind und für die es besonders dringlich ist, die Staatsangehörigkeit zu erwerben. Bei dem Antrag auf Staatsbürgerschaft werden sie jedoch stärker durchleuchtet als andere. Sie erhalten im Gegensatz zu allen anderen Nationalitäten einen besonderen Fragenkatalog und müssen sich nicht nur von der Hamas, sondern auch von fast allen anderen palästinensischen politischen Organisationen distanzieren.

AA Deutschlands internationales Ansehen ist spürbar in Mitleidenschaft gezogen worden. Künstler*innen aus der ganzen Welt, die nach Deutschland kommen, haben die Kulturszene enorm bereichert und wesentlich zu Berlins Ruf beigetragen, das ohne diese vielfältigen Stimmen

nicht dasselbe wäre. Besonders alarmierend ist jedoch das, was im Land selbst passiert. Seit einigen Jahren hören wir vermehrt von Ausladungen, insbesondere seit der BDS-Resolution. Viele davon, aber auch andere Formen des Ausschlusses von Veranstaltungen erfolgen im Stillen, was oft dazu führt, dass arabische Stimmen – hauptsächlich die von Palästinenser*innen, aber nicht ausschließlich – in vielen Kulturprogrammen nicht mehr vorkommen, selbst dann, wenn diese sich mit Themen befassen, die sie betreffen. Wir von der Spore Initiative haben diese Entwicklungen von Anfang an scharf kritisiert und seit über einem Jahr unsere Türen für Programme und Stimmen geöffnet, die anderswo kein Gehör finden. Das Problem beschränkt sich nicht nur auf die extreme Rechte, wie so oft behauptet. Auch wenn die extreme Rechte eine ernste Bedrohung darstellt, ist es ebenso problematisch, wenn die linke Mitte anfängt, über massenhafte Abschiebungen und selektive Einwanderungspolitik zu diskutieren. Das zeigt, dass sich ein Wandel in der Rhetorik über das ganze politische Spektrum hinweg vollzieht. Hinzu kommt, dass die Technologien und Methoden, die eingesetzt werden, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen, immer ausgefeilter werden. Dazu gehört auch die Ablehnung von Visaanträgen, was eine echte Bedrohung für viele Nicht-Deutsche und Nicht-Europäer*innen darstellt, die in Deutschland leben und arbeiten.

Nur wenn wir wirklich zuhören, können wir Sichtweisen nachvollziehen, die außerhalb unserer eigenen Komfortzone liegen oder auf die wir uns sonst nicht einlassen würden.

LK Lasst mich das aus einer anderen Perspektive angehen – aus der Sicht der Region Nordafrika/Nahost und unserer Partner*innen, die nicht in Deutschland oder Berlin ansässig sind. Die politischen Entwicklungen sind in dieser Region weithin bekannt, und der eingeschränkte Diskursraum in Deutschland wird genau beobachtet, in regionalen Medien behandelt und in den sozialen Netzwerken diskutiert. Viele unserer Kulturpartner*innen und auch die Zivilgesellschaft in Nordafrika und Nahost sind zunehmend über die aktuellen Entwicklungen besorgt. Künstler*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen fragen sich, ob es für sie noch einen Platz in Deutschland gibt und ob sie bei Festivals und Diskussionsrunden überhaupt willkommen sind. Bei unseren zivilgesellschaftlichen Partner*innen aus der Kulturszene hat das Ansehen Deutschlands ebenso wie das Vertrauen in deutsche Institutionen stark gelitten. In jahrzehntelanger Arbeit haben wir ein vertrauensvolles Netzwerk in der Region aufgebaut, das uns ermöglicht, Verbindungen aufrechtzuerhalten und mit unseren vielen Freund*innen und Partner*innen im Dialog zu bleiben. Wir erleben jedoch auch, dass sich unsere Partner*innen zunehmend von uns distanzieren und entscheiden, nicht mehr mit deutschen Institutionen zusammenzuarbeiten, einschließlich des Goethe-Instituts.

JK Ihr habt auf wichtige rechtliche Aspekte im Bereich Staatsbürgerschaft, Migration und Visarichtlinien hingewiesen, die den Einlass nach Deutschland bestimmen. Darüber hinaus sind gegenseitiges Verständnis und der bedingungslos offene Dialog grundlegend für Kulturarbeit und internationalen Kulturaustausch. Was muss angesichts des Vertrauensverlusts also unternommen werden, um eine vertrauensvolle Beziehung wiederherzustellen?

LK Ich glaube nicht, dass wir schon an einem Punkt sind, an dem wir wieder Vertrauen aufbauen können. In der gegenwärtig polarisierten Lage den richtigen Weg zu finden, ist nicht einfach. Ein Aspekt, den unsere Partner*innen wertschätzen, ist unser Bemühen, aufrichtige Gespräche zu führen, in denen sie sich gehört fühlen. Nur wenn wir wirklich zuhören, können wir Sichtweisen nachvollziehen, die außerhalb unserer eigenen Komfortzone liegen oder auf die wir uns sonst nicht einlassen würden. Dies kann dabei helfen, Wirklichkeiten und Widersprüchlichkeiten ans Licht zu bringen, mit denen wir uns üblicherweise nicht auseinandersetzen. Der Dialog ist ein wunderbares Konzept und ein Grundwert des Goethe-Instituts, aber er wird umso herausfordernder, je mehr wir uns mit Perspektiven befassen müssen, die nicht nur verschieden, sondern gegensätzlich und schmerzhaft sind. Mit Fragen konfrontiert zu sein, auf die wir keine Antworten haben, ist Teil dieses Prozesses. Anfang dieses Jahres reiste ich nach Israel, in die palästinensischen Gebiete, nach Jordanien und in den Libanon. Es war sehr anstrengend, dennoch ist es unerlässlich, dass sich Kulturinstitutionen dieser Aufgabe stellen. Es ist von entscheidender Bedeutung, Räume für unbequeme und vielfältige Dialoge zu schaffen. Es ist wichtig, uns nicht nur auf die Perspektiven zu beschränken, die in den von uns vorgesehenen Rahmen passen.

Ebenso notwendig ist es, Wege zu finden, wie wir uns innerhalb des rechtlichen, moralischen und demokratischen Rahmens bewegen können, ohne zu schweigen oder maßlos zu polarisieren – das sind die beiden Extreme, mit denen wir derzeit konfrontiert sind.

AA Ein Zitat von Robert Jones Jr. zum Thema Dialog kommt mir in den Sinn: „Wir können unterschiedlicher Meinung sein und uns dennoch lieben, solange deine Ablehnung nicht auf meiner Unterdrückung und der Verneinung meiner Menschlichkeit und meines Existenzrechts beruht.“ Es scheint, als wäre jetzt der Moment gekommen, sich mehr auf die Schaffung von Räumen zu konzentrieren, statt nur Stellungnahmen abzugeben. Als Institution mit Sitz in Berlin-Neukölln halten wir es für entscheidend, Orte für Positionen, Stimmen und Erfahrungen zu schaffen, denen anderswo der Platz verwehrt wird. Diese Orte zur Verfügung zu stellen, bedeutet nicht nur, einen physischen Raum anzubieten. Wir müssen auch gewährleisten, dass alle Positionen mit der gleichen Sorgfalt und Würde behandelt werden. Um dies zu erreichen, haben wir Awareness-Teams engagiert und umfangreiche Schulungen für unsere Mitarbeitenden durchgeführt. Der Prozess ist eine Herausforderung, aber für unsere Rolle als Kultureinrichtung ist er unerlässlich. Wenn wir diese Arbeit nicht leisten, bedeutet das einen Mangel an Selbstkritik und das Versagen, die Persistenz von Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Ressentiments, antiarabischen Vorurteilen, Frauenfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung zu realisieren. Diese Themen sind weit mehr als Diskussionspunkte – sie spiegeln Lebensrealitäten wider, mit denen wir uns bewusst auseinandersetzen und lernen müssen, sie anzuerkennen und ihnen zu begegnen. Eine auffällige Beobachtung der letzten Monate ist, dass viele Menschen in Deutschland zu wenig über Nordafrika und den Nahen Osten wissen. Es ist wichtig zu verstehen, dass Deutschland nicht nur eine moralische Verantwortung hat, sich mit den Auswirkungen des Holocausts zu befassen, sondern auch mit den aktuellen Dynamiken in der Region. Bildung und politisches Bewusstsein sind in dieser Situation von zentraler Bedeutung.

Wenn wir diese Arbeit nicht leisten, bedeutet das einen Mangel an Selbstkritik und das Versagen, die Persistenz von Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Ressentiments, antiarabischen Vorurteilen, Frauenfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung zu realisieren.

JK Es ist eine große Aufgabe für Institutionen, mit diesen Problemen umzugehen. Sie erfordert enormen Einsatz und Ressourcen, einschließlich der Arbeit mit Sensibilisierungsteams und der Einbindung aller Mitarbeitenden. – Heidi, Du warst Teil des kuratorischen Teams im Projekt „Oscillations“ zwischen Südafrika und Deutschland. Im Laufe eines zweijährigen Arbeitsprozesses haben die Partnerinstitutionen – die Akademie der Künste, Berlin, das Centre for Humanities Research an der University of the Western Cape und Deutschlandfunk Kultur – Austausch, Künstlerresidenzen, Zusammenarbeit und die Entstehung neuer Klangwerke ermöglicht. Es entstand eine Ausstellung in der Akademie der Künste, die von April bis Mai 2024 zu sehen war. Das Projekt fand inmitten der aktuellen polarisierten Debatten statt, und die teilnehmenden Künstler*innen hatten viele Fragen. Wie bist Du mit ihnen umgegangen?

HG Das war nicht einfach. In Südafrika sind Meinungs- und Kunstfreiheit in der Verfassung verankert – beides wurde im Kampf gegen die Apartheid errungen –, was zu einer erhöhten Sensibilität gegenüber Zensur führt. Es kam zu intensiven Diskussionen, vor allem im Zusammenhang mit dem Aufruf „Strike Germany“, in denen sich die südafrikanischen Künstler*innen mit dem identifizierten, was die Palästinenser*innen erleben. Letztendlich entschieden sich alle Künstler*innen dafür, ihre Werke in der Akademie der Künste zu zeigen, und zwar in dem Vertrauen, dass ihr Recht auf künstlerische Freiheit gewahrt bleibt. Die Verpflichtung, kritisch zuzuhören und kulturelle Hegemonien aufzubrechen, war in solch polarisierten Zeiten von entscheidender Bedeutung. Die Künstler*innen haben sich nicht selbst zensiert, weder in ihren Arbeiten noch bei öffentlichen Auftritten. Obwohl es eine Unsicherheit darüber gab, wie über diese sensiblen Themen zu sprechen ist, einigte sich das kuratorische Team darauf, die Künstler*innen frei sprechen zu lassen.

JK Sandra, Du hast erwähnt, dass Berlin einst als sicherer Zufluchtsort für Künstler*innen galt, besonders für arabische Künstler*innen. Was ist Deiner Meinung nach nötig, um das Vertrauen wiederherzustellen?

SH Es ist noch zu früh, um eine endgültige Antwort darauf zu geben, wie die Situation zu verbessern ist. Ich stimme jedoch zu, dass die beste Vorgehensweise im Moment darin besteht, Räume radikal zu öffnen und nicht hysterisch auf inhärent komplexe Konflikte zu reagieren. Berlin ist zu einem zentralen Ort der arabischsprachigen Literaturproduktion geworden. Es ist ein lebendiger Ort, an dem Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Regionen zusammenkommen, um gemeinsam zu arbeiten. Vor einiger Zeit gab es noch eine gewisse Begeisterung und das Gefühl einer utopischen Zukunft. Es fühlte sich an wie ein Ort, an dem mit all seinen Magazinen, Projekten und Initiativen etwas Bedeutungsvolles entstehen könnte. Jetzt ist ein tiefes Gefühl von Traurigkeit, Verzweiflung und Frustration in der arabischen Kulturdiaspora spürbar. Das Gefühl von Herzschmerz hat die einstige Begeisterung für Berlin abgelöst. Bei einer Demonstration hielt jemand ein Schild in der Hand, auf dem auf Arabisch das Zitat eines palästinensischen Singer-Songwriters zu lesen war: „Berlin tut ein bisschen weh“.

LK Aber was können wir tun? Einmal riet mir einer unserer geschätzten Partner, engagiert zu bleiben, als ich fragte, was wir angesichts der Ungewissheiten tun sollten. Dieser Rat hat mich berührt, und ich nehme ihn mit in alle meine Gespräche und in meine Arbeit. Engagiert zu bleiben bedeutet, weiterhin vielfältige Stimmen einzuladen und sicherzustellen, dass Perspektiven aus dieser Region, einschließlich derjenigen aus Israel und den arabischen Ländern, einen Platz im Diskurs haben. Die Frage ist jedoch, ob diese Stimmen überhaupt noch Gehör finden. Könnte es sein, dass wir sie verlieren? Die Stimmen, die wir aktiv ansprechen und einbeziehen möchten, haben möglicherweise das Gefühl, in der deutschen Öffentlichkeit nichts mehr sagen zu können. Dabei geht es nicht bloß um Visafragen, sondern darum, ob ihre Meinung und ihre Beiträge wirklich willkommen sind.

AA Ich möchte noch hinzufügen, dass ein wichtiger Schritt nach vorne darin besteht, die großen hier ansässigen Diasporagemeinschaften einzubinden, insbesondere die ara-

Im Moment besteht die beste Vorgehensweise darin, Räume radikal zu öffnen und nicht hysterisch auf inhärent komplexe Konflikte zu reagieren.

bischen, israelischen und palästinensischen. Berlin hat eine bedeutende palästinensische Diaspora, die jedoch häufig übersehen und aus dem dominierenden Diskurs ausgeschlossen wird. Die Frage ist: Mit wem sprechen wir wirklich? Es geht dabei um grundlegende Gespräche über Bildung, öffentlichen Diskurs und die offensive Zurückweisung diverser Stimmen. Viele informelle Gruppen, darunter auch arabische und deutsch-arabische Gemeinschaften der zweiten Generation, organisieren wichtige Veranstaltungen, bei denen Menschen ihre Meinung frei äußern und gleichermaßen Missstände anklagen können. Veranstaltungen also, die womöglich nicht in die Strukturen traditioneller Institutionen passen. So werden einige Events bei der Spore Initiative – Gedichtlesungen, in denen tiefe Trauer zum Ausdruck kommt, informative Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen, gemeinschaftliches Singen, Tanzen und Essen und vieles mehr – von ebenjenen Gemeinschaften organisiert, die sonst Schwierigkeiten haben, einen anderen öffentlichen Raum zu finden, um präsent zu sein. Es ist durchaus verständlich, dass ausländische Künstler*innen sich scheuen, nach Deutschland zu kommen, aber die Situation für die hier ansässigen Diasporagemeinden ist doch bei weitem problematischer. Viele haben nicht das Privileg, das Land zu verlassen, insbesondere nicht jene, die mit Staatenlosigkeit und dem fehlenden Recht auf Rückkehr konfrontiert sind. Die Institutionen haben eine große Verantwortung, die Bedürfnisse der hier lebenden Diasporagemeinschaften zu berücksichtigen. Was Veranstaltungsabsagen anbelangt, so geht das Problem über prominente Fälle hinaus. Viele Menschen werden einfach nicht mehr zu Events eingeladen. Es geht nicht nur darum, dass Auftritte abgesagt werden, sondern um systematische Ausgrenzung. Diese Taktik des Vermeidens, sich mit potenziell kontroversen Stimmen auseinanderzusetzen, ist problematisch und wirft weitere Fragen nach Klasse und Privilegien auf. Wir müssen Strategien zur Heilung, Reparatur und Wiedergutmachung entwickeln, die über bloße Gespräche hinausgehen. Institutionen müssen praktische Methoden zur Unterstützung in Betracht ziehen, besonders da viele Menschen mit massiven ökonomischen Problemen zu kämpfen haben. Ich kenne Künstler*innen, Dichter*innen und Schriftsteller*innen, die sowohl Einkommensverluste als auch abgesagte Auftritte zu verkraften haben – eine Situation, die über Deutschland hinaus auch in anderen europäischen Ländern und in den USA zu beobachten ist. Da geht es nicht nur um einen Diskurs, sondern ums Überleben.

JK Häufig wird kritisiert, dass postkoloniale Theorien in diesem Zusammenhang eine problematische Rolle spielen. Ihnen wird mitunter vorgeworfen, antisemitische Elemente zu enthalten oder jüdische Perspektiven nicht ausreichend zu berücksichtigen. Wie seht Ihr das? Wie können postkoloniale Theorien konstruktiv zum Verständnis der aktuellen Lage beitragen?

SH Kritik an der postkolonialen Theorie kommt meist von rechten Parteien. Rechte Parteien wie die AfD sind in ihren Aussagen recht unverhohlen. In einem Antrag aus dem Jahr 2022 forderte die AfD den Bundestag im Wesentlichen dazu auf, die Mittel für die postkoloniale Theorie zu streichen, da diese angeblich antisemitische und antiweiße Ressentiments schüre. Wenn die extreme Rechte in Deutschland einen Antrag einreicht, der darauf abzielt, „Weiße und Juden“ vor People of Color zu schützen, sehe ich darin einen sehr gefährlichen Fall historischer Amnesie. Um Antisemitismus besser zu begreifen, ist es wichtig, die Auswirkungen des Holocaust über Deutschland und Europa hinaus zu betrachten. Die postkoloniale Theorie setzt einen Rahmen, um die tiefe historische Verflechtung verschiedener Völker, einschließlich der semitischsprachigen, zu erkunden. Um Antisemitismus und Rassismus zu verstehen, braucht es eine Perspektive, die über bestehende Machtstrukturen und Grenzen hinausgeht – eine Perspektive, die die postkoloniale Theorie bietet. Es ist äußerst alarmierend, dass die Angriffe auf die postkoloniale Theorie, die gerade erst an Einfluss gewinnt, ihr Potenzial gefährden könnten, einen bedeutenden Beitrag zu diesen Diskussionen zu leisten.

HG Die Prämissen in Deiner Frage werfen ein wichtiges Thema auf: Was ist mit postkolonial denkenden Juden und Jüdinnen? Was ist mit Menschen jüdischen Glaubens, die weder in Bezug auf Ethnizität noch ihrer geografischen Erfahrung nach europäisch sind? Es gibt jüdische Gemeinschaften in Regionen wie Brasilien, der Karibik und in Südafrika, doch oft wird in Diskussionen angenommen, dass Postkolonialismus und Jüdisch-Sein sich gegenseitig ausschließen. Wissenschaftler*innen wie Louise Bethlehem und Amos Goldberg haben eine Brücke zwischen postkolonialer Theorie, Shoah-Zeugenschaft und Apartheid geschlagen und gezeigt, dass Postkolonialismus und Jüdisch-Sein nicht im Widerspruch zueinander stehen. Das Konzept vermeintlicher „Rassen“ entwickelte sich in den Großmächten Europas, und ohne den Beitrag des Kolonialismus zur Entstehung von Rassenideologien zu erkennen, können wir die Shoah nicht vollständig begreifen. Denker*innen wie Frantz Fanon machten deutlich, dass ein kritischer postkolonialer Diskurs sich mit der po-

Anstatt den Postkolonialismus abzulehnen, brauchen wir mehr davon; wir brauchen sogar mehr Theorien, die sich weigern, die Vergangenheit in kleine, ordentlich voneinander abgegrenzte Kategorien aufzuspalten.

litischen Konstruktion jüdischer Identität in Europa befassen muss. Anstatt den Postkolonialismus abzulehnen, brauchen wir mehr davon; wir brauchen sogar mehr Theorien, die sich weigern, die Vergangenheit in kleine, ordentlich voneinander abgegrenzte Kategorien aufzuspalten. Die gegenwärtige politische Lage verlangt, dass wir als öffentliche Institutionen den Raum für Dialog und kritische Anfragen offenhalten, insbesondere da die Rechte die Argumente der Redefreiheit verwendet, um genau diese Räume zu schließen. Ohne diese Anstrengungen riskieren wir, den Kampf für eine offene Gesellschaft zu verlieren – und damit die Fähigkeit, die grundlegenden Vorannahmen solcher Aussagen zu hinterfragen.

AA Die Spore Initiative nimmt an Fortbildungen zum Thema Antisemitismus teil, unter anderem in Zusammenarbeit mit der „Diaspora Alliance“. Einer der Berichte auf deren Website zeigt, wie die internationale extreme Rechte sich zunehmend proisraelisch geriert und die israelische Regierung im Gegenzug diese Unterstützung honoriert. Hier wird auch eine beunruhigende Gleichsetzung sichtbar, nach der die Kritik am Staat Israel als inhärent antisemitisch gilt und die Unterstützung Israels als inhärent nicht-antisemitisch wahrgenommen wird. Solche Gleichsetzungen können den Kampf gegen Antisemitismus untergraben. Viele rechtsextreme Parteien und Politiker*innen, die offen für Israel eintreten, wie Javier Milei in Argentinien und Viktor Orbán in Ungarn, fördern antisemitische Rhetoriken und Vorurteile, während sie gleichzeitig rassistische und antimuslimische Verschwörungstheorien propagieren. Diese problematische Überschneidung zeigt, dass die Unterstützung des israelischen Staates Antisemitismus eben nicht von vornherein ausschließt – eine Nuance, die in Diskussionen häufig übersehen wird. Dieses Missverständnis macht deutlich, wie wichtig fundierte politische Bildung ist. Ohne ein klares Verständnis dessen, was Antisemitismus wirklich beinhaltet, drohen unsere Bemühungen oberflächlich zu bleiben. Postkoloniale Theorien sind in diesem Kontext von großer Bedeutung, weil sie uns helfen, die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Formen der Unterdrückung und des kulturellen Imperialismus zu verstehen. Als Kultureinrichtungen ist es unsere Aufgabe, ein breites Spektrum an Perspektiven zu fördern und sicherzustellen, dass unsere Diskussionen auf Wissen und Fakten beruhen. Wir müssen zudem Verschwörungstheorien und konstruierte Vorurteile bekämpfen und uns um einen differenzierten und fundierten Diskurs bemühen.

LK Diskriminierung in jeglicher Form ist inakzeptabel. Als Kultureinrichtungen liegt es in unserer Verantwortung, Diskriminierung aus allen erdenklichen Perspektiven und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang bemühe ich mich, unsere Arbeit so zu gestalten, dass ich unseren kulturellen Partner*innen und den Communitys, mit denen wir zusammenarbeiten, aktiv zuhöre. Viele dieser Partner*innen fühlen sich nicht gehört oder, selbst wenn sie gehört werden, nicht wirklich verstanden. In meinen Gesprächen und auf meinen Reisen spüre ich deutlich, wie stark das Gefühl ist, dass persönliche Erzählungen nicht anerkannt oder wahrgenommen werden. Die deutsche Diskurslandschaft um ebendiese Erzählungen zu erweitern, ist enorm wichtig.

Aus dem Englischen von Danijel Matijević /
Recherche und redaktionelle Mitarbeit:
Tomke Braun

Antonia Alampi arbeitet als Kuratorin und Kunsthistorikerin in Berlin. Sie leitet die Spore Initiative, eine Kultureinrichtung, die den Dialog an der Schnittstelle von Klimagerechtigkeit und Bildung fördert.

Heidi Grunebaum ist Direktorin des Centre for Humanities Research an der University of the Western Cape in Kapstadt. Im Frühjahr 2024 war sie am Projekt „Oscillations. Cape Town – Berlin“ an der Akademie der Künste, Berlin, beteiligt.

Sandra Hetzl schreibt (vor allem Essays) und übersetzt zeitgenössische arabische Literatur. Sie ist Gründerin des Agenturkollektivs teneleven.org für zeitgenössische arabische Literatur.

Lilli Kobler ist seit September 2023 als Regionaldirektorin Nordafrika und Nahost am Goethe-Institut in Kairo tätig. Zuvor leitete sie das Goethe-Institut in Khartoum, Sudan.

Johanna M. Keller ist Programmbeauftragte der Akademie der Künste, Berlin.

Marina Naprushkina ist eine interdisziplinäre Künstlerin. Sie gründete das Büro für Anti-Propaganda und ist eine der Initiator*innen des Vereins Neue Nachbarschaft/Moabit e.V. in Berlin.